

Obst, Thomas; Sultan, Samina; Matthes, Jürgen

Research Report

Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0? Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen

IW-Report, No. 42/2024

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Obst, Thomas; Sultan, Samina; Matthes, Jürgen (2024) : Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0? Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen, IW-Report, No. 42/2024, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/305259>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Was droht den transatlantischen Handelsbeziehungen unter Trump 2.0?

Von Zollerhöhungen und Vergeltungsmaßnahmen

Thomas Obst / Samina Sultan / Jürgen Matthes

Köln, 24.10.2024

IW-Report 42/2024

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Autoren

Dr. Thomas Obst

Senior Economist für Auslandskonjunktur und makroökonomische Modellierung

obst@iwkoeln.de

030 27877-135

Dr. Samina Sultan

Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel

sultan@iwkoeln.de

0221 – 4981-312

Jürgen Matthes

Leiter Internationale Wirtschaftspolitik, Finanz- und Immobilienmärkte

matthes@iwkoeln.de

0221 – 4981-754

Alle Studien finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Oktober 2024

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	6
2 Auswirkungen eines Handelskriegs mit den USA	7
2.1 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der USA	8
2.2 Auswirkungen in der EU-27 und Deutschland.....	11
2.3 Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und Auslandsnachfrage	16
3 Fazit	18
Abstract.....	22
Tabellenverzeichnis.....	24
Abbildungsverzeichnis.....	24
Literaturverzeichnis	25

JEL-Klassifikation

E17 – Allgemeine makroökonomische Modelle: Prognose und Simulation; Modelle und Anwendungen

F14 – Handel: Empirische Studien

F17 – Außenhandelsprognose und Simulation

F52 – Nationale Sicherheit; Wirtschaftsnationalismus

F68 – Wirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung: Regierungspolitik

Zusammenfassung

Die anstehenden US-Präsidentenwahlen sind wegweisend. Sollte Donald Trump wiedergewählt werden, hat er im Bereich der Handelspolitik umfangreiche Zollerhöhungen – auch gegenüber der Europäischen Union (EU) – angedroht. Die EU hat angekündigt, im Zweifel mit eigenen Vergeltungszöllen dagegenzuhalten. Daher werden in diesem Report, aufbauend auf einer Vorgängerstudie (Obst et al., 2024), die Auswirkungen einer möglichen zweiten Amtszeit Trumps von 2025 bis 2028 mit zwei Szenarien mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics simuliert. Szenario 1 beinhaltet eine Erhöhung der US-Zölle auf 10 Prozent auf alle US-Einfuhren und auf 60 Prozent auf US-Einfuhren aus China ab dem Jahr 2025. Die EU hält ihrerseits mit einem Vergeltungszoll von 10 Prozent auf Einfuhren aus den USA dagegen. In Szenario 2 vertiefen die USA und die EU den transatlantischen Handelskonflikt und erhöhen ihre gegenseitigen Importzölle jeweils auf 20 Prozent.

Die US-Wirtschaft würde je nach Szenario bereits im Jahr 2025 einen wirtschaftlichen Verlust in Höhe von rund 1,3 Prozent und 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zum Basisszenario erleiden. Die negativen BIP-Effekte sind in den ersten beiden Jahren am stärksten, nehmen aber jeweils mit der Zeit ab. In Szenario 2 bleibt der BIP-Effekt in den USA mit $-0,2$ Prozent im Jahr 2028 negativ. In Szenario 1 kehrt die Wirtschaftsleistung fast wieder auf das Basisszenario zurück. Ein verstärkter transatlantischer Handelskonflikt wäre demnach auch für die US-Wirtschaft nochmals negativer. Die Auswirkungen sind zum Teil auf einen simulierten vorübergehenden Vertrauenschock infolge der Zollerhöhung in der kurzen Frist zurückzuführen, der sich vor allem auf die privaten Investitionen und den privaten Konsum negativ auswirkt. Die Tatsache, dass die Auswirkungen für die USA im Jahr 2028 eher begrenzt sind, liegt daran, dass die US-Einfuhren stärker zurückgehen als die US-Ausfuhren. Dies hat einen (zunehmend) positiven Effekt auf die US-Handelsbilanz, weswegen auch das US-Handelsbilanzdefizit weniger stark ansteigt als im Basisszenario. In absoluten Werten (in konstanten Preisen des Jahres 2017) würden die USA einem kumulierten Verlust an realem BIP in Höhe von rund 686 Milliarden US-Dollar in Szenario 1 und sogar einen Verlust von knapp 874 Milliarden US-Dollar in Szenario 2 im Zeitraum 2025 bis 2028 erleiden. Diese Werte sind nicht direkt mit nominalen Angaben zu Preisen des Jahres 2024 vergleichbar.

Die Auswirkungen für die EU-27 und Deutschland sind deutlich gravierender. Die großen Unterschiede zu den USA bestehen darin, dass die negativen BIP-Effekte insgesamt über den Zeitraum 2025 bis 2028 zunehmen und der negative Effekt auf die Nettoexporte und privaten Investitionen in Europa und Deutschland innerhalb der vier Jahre bestehen bleibt. Eine Erholungsphase wie in den USA tritt hier im Wesentlichen nicht ein. In Szenario 2 führen die gegenseitige Erhöhung der Handelszölle auf 20 Prozent im transatlantischen Handel zu einem BIP-Einbruch von 1,3 Prozent in der EU-27 und sogar von 1,5 Prozent in Deutschland, jeweils im Jahr 2028. Sowohl in den EU-27 als auch in Deutschland erklärt der starke und anhaltende Rückgang der privaten Investitionen mehr als zwei Drittel des negativen BIP-Effekts. In beiden Volkswirtschaften bleiben die negativen Auswirkungen auf den privaten Konsum aber insgesamt sehr begrenzt. Insgesamt kommen hier die länderspezifischen Strukturen der Volkswirtschaften zum Tragen. Während die USA eine große und daher auch relativ geschlossene Volkswirtschaft darstellen, ist die Exportnation Deutschland mit ihrem besonders hohen Offenheitsgrad anfälliger für globale Handelskonflikte und einer entsprechend schwächeren Weltwirtschaft. Die kumulierten BIP-Verluste (in konstanten Preisen des Jahres 2020) in Deutschland über den 4-Jahres-Zeitraum belaufen sich auf etwa 127 Milliarden Euro in Szenario 1 und auf 180 Milliarden Euro in Szenario 2.

Trumps Androhung von Zollerhöhungen sind eine relevante Facette davon, wie sich weltweit die Einstellungen zum offenen Handel geändert haben. Auch das Verhalten Chinas stellt eine Herausforderung für den globalen Freihandel dar. Darauf müssen die EU und Deutschland mit einer robusteren Handelspolitik reagieren. Hierzu gehören in diesen geopolitisch angespannten Zeiten die glaubhafte Androhung und in letzter Konsequenz auch Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen als realpolitisch notwendiges Element. So zeigen die vorliegenden Simulationen, dass, sollte die EU mit einer gleichwertigen Zollerhöhung reagieren, sich der BIP-Effekt für die USA ins Negative dreht. Für die EU und Deutschland wird er dagegen nur leicht negativer. Für die USA wäre demnach eine Gegenreaktion der EU deutlich schädlicher als für die EU. Die EU und Deutschland könnten also vergleichsweise glaubwürdig mit Vergeltung drohen. Somit könnte im besten Fall allein die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen ausreichen, um die USA von einseitigen Zollerhöhungen abzuhalten. Um politische Erpressbarkeiten zu begrenzen, sollten zudem durch ein gezieltes De-Risking die kritischen Abhängigkeiten von Drittstaaten vermindert werden. Dies kann etwa durch den Ausbau von Freihandelsabkommen erreicht werden. Als weiterer Aspekt einer robusteren EU-Handelspolitik gilt es, sich vor Überkapazitäten und wettbewerbsverzerrenden Subventionen besonders vonseiten Chinas zu schützen. In diesem Bereich sind die Interessen der EU und der USA bis zu einem gewissen Grad kongruent. Transatlantische Koordinierung und Kooperation wären demnach hier in beiderseitigem Interesse.

1 Einleitung

Die USA stehen im November vor wegweisenden Wahlen. Sollte Donald Trump erneut zum US-Präsidenten gewählt werden, droht der globalen Wirtschaft großes Ungemach. Auch der transatlantische Handel wäre davon direkt betroffen, wenn er seine Drohungen wahr machen würde, alle US-Importe mit einem Einfuhrzoll von 10 Prozent zu belegen. Sollte sein angestrebtes Ziel, das US-Handelsbilanzdefizit deutlich zu verringern, damit nicht erreicht werden, hat Trump sogar mit einer allgemeinen Zollerhöhung auf 20 Prozent gedroht.

Auch bei anderen handelspolitischen Aspekten würde sich die Situation vermutlich stark verschlechtern. Zum Beispiel könnte Trump wichtige Ausnahmen beim US Inflation Reduction Act (IRA) für europäische E-Auto-Exporthändler (über eine Sonderregelung für geleaste Fahrzeuge) wieder abschaffen (Obst et al., 2024). Zumindest vorübergehend drohen die mit der Biden-Administration beigelegten Streitigkeiten bei den US-Stahl- und Aluminiumimporten und Subventionen für die zivile Luftfahrt erneut aufzuflammen und somit der erreichte Fortschritt bei den Verhandlungen zu einem globalen Abkommen für nachhaltigen Stahl (GASSA – Global Agreement for Sustainable Steel and Aluminum) zunichtezumachen. Das hätte nicht nur handelspolitische Implikationen, sondern würde auch die globalen Klimaschutzanstrengungen gefährden, zumal eine Wiederwahl Trumps mit hoher Wahrscheinlichkeit einen erneuten US-Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und einen weiteren Ausbau der Gewinnung fossiler Energieträger in den USA bedeuten würde. Die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Trade and Technology Council (TTC) dürfte Trump womöglich ebenfalls aufkündigen.

Dieser Report fokussiert wie seine Vorgängerstudie (Obst et al., 2024) auf die handelspolitischen Konsequenzen einer möglichen Wiederwahl von Donald Trump auf Basis seiner öffentlich angedrohten Zollerhöhungen. Aus rechtlicher Sicht gäbe es einige Möglichkeiten, wie Trump seine Androhung in die Tat umsetzen könnte (Maruyama et al., 2024). Während die Studie vom Frühjahr 2024 die Wirkungen der zehnpromigen US-Zollerhöhung und die einer Verschärfung des Zollstreits zwischen den USA und China quantifizierte, fokussiert diese Studie explizit auf die transatlantischen Handelsbeziehungen. Ein möglicher Gegenschlag Chinas wird demnach in der folgenden Modellierung anders als im Frühjahr nicht betrachtet. Vielmehr steht in diesem Report im Fokus, wie sich gleichwertige Vergeltungsmaßnahmen in Form von Zollerhöhungen der EU auf US-Importe auswirken würden, sei es bei einer US-Zollerhöhung auf 10 Prozent oder sogar – bei einer Zuspitzung des Handelskonflikts – auf 20 Prozent. Hintergrund ist, dass die Europäische Kommission mittlerweile angekündigt hat, eine zweistufige Handelsstrategie gegenüber Trump zu verfolgen: Zunächst soll versucht werden, mit Trump zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen zu kommen, auch indem die EU ihre Importe aus den USA bei bestimmten Produkten erhöht. Sollte dies fehlschlagen und Trump auf Zollerhöhungen beharren, würde die EU ihrerseits mit gezielten Vergeltungszöllen dagegenhalten (Bounds, 2024). In Kapitel 2 werden die Methodik und Ergebnisse der entsprechenden makroökonomischen Simulationen vorgestellt. Kapitel 3 beschließt die Studie mit einer Zusammenfassung und einem kurzen handelspolitischen Ausblick zu ausgewählten Themen.

2 Auswirkungen eines Handelskriegs mit den USA

Bevor die Ergebnisse der Simulationsrechnung vorgestellt werden, sollen zunächst überblicksartig die Wirkungsmechanismen des verwendeten Modells dargestellt werden. Das Oxford-Modell ist ein makroökonomisches Modell der globalen Wirtschaft, dem sowohl theoretische Zusammenhänge als auch empirisch ermittelte Parameter zugrunde liegen (Oxford Economics, 2024). In der langen Frist ist das Modell monetaristisch, sodass die langfristige Wirtschaftsentwicklung von angebotsseitigen Faktoren wie dem Arbeitsangebot oder dem Kapitalstock bestimmt wird. In der kurzen Frist sind vor allem nachfrageseitige Faktoren ausschlaggebend. Die Handelspolitik ist in dem Zusammenhang sowohl für die Konsumnachfrage nach ausländischen Gütern der privaten Haushalte als auch für die Exporte der Unternehmen von Bedeutung. Die heimische Investitionstätigkeit hängt wiederum von der ausländischen Nachfrage ab. Das Modell umfasst die internationalen Verflechtungen über makroökonomische Variablen, beispielsweise durch Preise oder Zinssätze, zwischen den USA und weiteren Volkswirtschaften wie China, Kanada, Mexiko, Japan, Korea, Taiwan der EU-27 und dem Vereinigten Königreich. Das Modell erfasst den sofortigen Effekt der modellierten exogenen Veränderungen einer Variable und die damit verbundenen Multiplikator- und Zweitrundeneffekte im In- und Ausland, die erst im Zeitverlauf auftreten. Jedoch gilt es zu betonen, dass das makroökonomische Modell keine detaillierten Handelsdaten auf disaggregierter Basis enthält, sodass nur die Auswirkungen von durchschnittlichen Zolländerungen betrachtet werden können. Somit können im Modell keine direkten Handelsumlenkungseffekte simuliert werden, beispielsweise, wenn Deutschland aufgrund höherer US-Einfuhrzölle mehr in die EU-27 oder nach China exportiert.

In den folgenden Modellsimulationen werden zwei Szenarien für eine mögliche Änderung der US-Handelspolitik und der Reaktion der EU analysiert:

- **Szenario 1:** eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren ihrerseits auf 10 Prozent.
- **Szenario 2:** identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben jeweils nochmals höhere Importzölle von 20 Prozent auf ihre gegenseitigen Importe.

In diesem Modell werden bei beiden Szenarien den bereits bestehenden Zöllen für die verschiedenen Handelspartner der USA Rechnung getragen, je nach der derzeitigen durchschnittlichen Höhe der US-Zölle auf die Einfuhren der jeweiligen Länder. Für China bedeutet dies eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle um etwa 40 Prozentpunkte im Vergleich zu dem derzeitigen Niveau von knapp 20 Prozent (Bown, 2023). Im ersten Szenario werden die durchschnittlichen US-Zölle auf US-Einfuhren aus Kanada, Mexiko und Korea um 10 Prozentpunkte erhöht, da der durchschnittliche Meistbegünstigungszollsatz derzeit bei null liegt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die USA mit diesen Ländern Freihandelsabkommen geschlossen haben (US Customs and Border Protection, 2024). Für die EU-27, Japan und Taiwan liegen die US-Einfuhrzölle derzeit zwischen 1 und 2 Prozent (WTO, 2024). Daher werden die durchschnittlichen Zollsätze auf 10 Prozent entsprechend differenziert angehoben. Für die EU-27 bedeutet dies, dass der durchschnittliche US-Einfuhrzoll um 8,55 Prozentpunkte erhöht wird. Im Jahr 2025 werden die entsprechenden Erhöhungen eingeführt und das neue Zollniveau wird bis 2028 beibehalten.

Der exogene Zollschock wird im Oxford-Modell über verschiedene Transmissionskanäle modelliert, darunter Vertrauensschocks in der kurzen Frist, die mit einiger Plausibilität aus den aggressiven handelspolitischen Maßnahmen der USA resultieren. Das Vertrauen der amerikanischen Verbraucher und Unternehmen sowie die US-Aktienkurse werden dadurch negativ beeinflusst. Aber nicht nur die US-Wirtschaft treffen die Vertrauensschocks. Die dadurch verursachten negativen Effekte auf den privaten Konsum und die Unternehmensinvestitionen übertragen sich auch über den Exportkanal auf die Handelspartner, die mit dem höheren US-Importzoll konfrontiert sind. Hier kommt die internationale Verflechtung des Modells zum Tragen. Die adversen Effekte auf die Aktienmärkte und eine geringere Exporttätigkeit bremsen somit die heimische Investitionstätigkeit bei den Handelspartnern der USA. In den beiden hier vorgestellten Szenarien wird davon ausgegangen, dass die Änderungen der Einfuhrzölle in den USA die Geldpolitik der Federal Reserve nicht verändert.

2.1 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der USA

Abbildung 2-1 veranschaulicht die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Szenario 1 und Szenario 2 in den USA für den hier gewählten Zeithorizont, das heißt den Zeitraum einer möglichen Trump-Präsidentschaft von 2025 bis 2028, in Prozent des BIP. Die Ergebnisse für die beiden Szenarien werden mit dem Basisszenario ohne Zollerhöhungen verglichen. Die exogenen Schocks werden also wie oben beschrieben unter Ceteris-paribus-Bedingungen eingeführt, was das Basisszenario zum Referenzpunkt macht. Abbildung 2-1 skizziert mehrere wichtige wirtschaftliche Auswirkungen:

- Die Abweichung des BIP-Niveaus (in Prozent) vom Basisszenario ist in Szenario 2 generell stärker als in Szenario 1. Dies ist plausibel, da die schädigende Wirkung bei einem Zoll von 20 Prozent größer ist als bei 10 Prozent.
- Die negativen Auswirkungen auf das BIP erreichen in beiden Szenarien bereits im ersten Jahr der Einführung der Handelszölle auf US-Einfuhren ein Maximum. Das entspricht jeweils einer prozentualen Abweichung vom Basisszenario von rund 1,3 Prozent (Szenario 1) und 1,5 Prozent (Szenario 2) im Jahr 2025.
- Die negativen BIP-Effekte sind in den ersten beiden Jahren am stärksten, nehmen aber jeweils mit der Zeit ab. In Szenario 2 bleibt der BIP-Effekt in den USA mit $-0,2$ Prozent im Jahr 2028 negativ. In Szenario 1 kehrt die Wirtschaftsleistung fast wieder auf ihr Basisszenario zurück.

In absoluten Werten zu Preisen des Jahres 2017 entspricht dies in den USA einem kumulierten Verlust an realem BIP in Höhe von rund 686 Milliarden US-Dollar in Szenario 1 und sogar von knapp 874 Milliarden US-Dollar in Szenario 2 über den Zeitraum 2025 bis 2028. Diese Werte sind nicht direkt mit nominalen Angaben zu Preisen des Jahres 2024 vergleichbar.

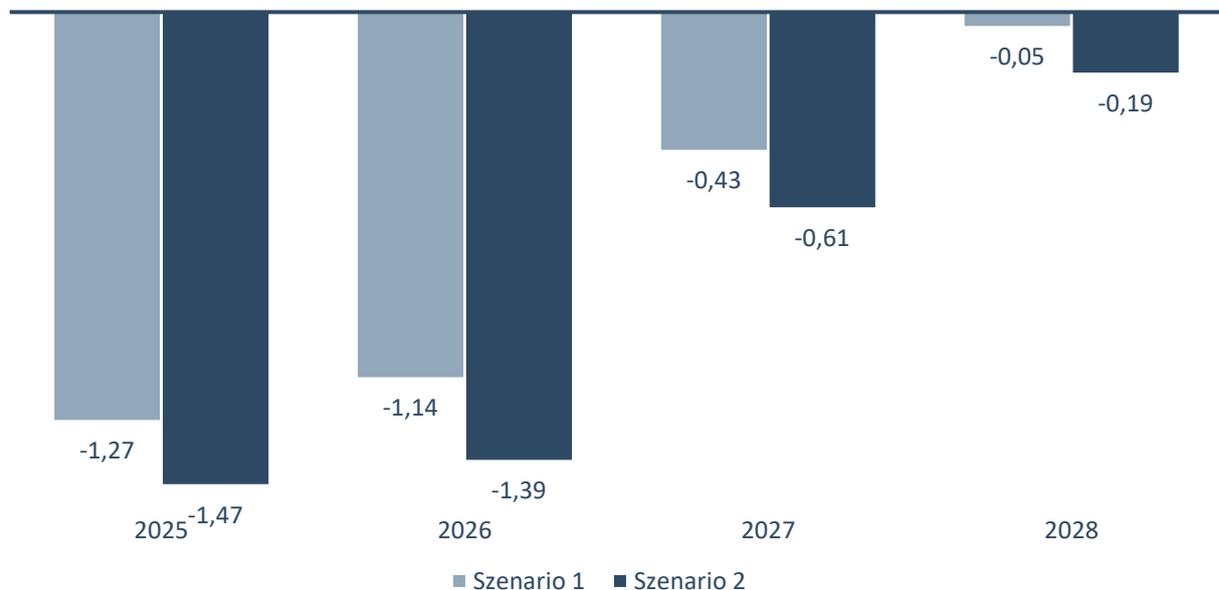
Ein weitergehender Effekt auf die US-Wirtschaft, der nicht in Abbildung 2-1 angezeigt wird, ist, dass sich die **Gesamtbeschäftigung** infolge des wirtschaftlichen Einbruchs im Jahr 2026 in Szenario 1 um fast 625.000 Personen verringert und in Szenario 2 sogar um 746.000 Personen. Der Effekt nimmt aber über die Zeit merklich ab und dreht sich 2028 sogar ganz leicht ins Positive. Die höheren Importzölle auf US-Einfuhren erhöhen den Preisdruck auf die amerikanische Volkswirtschaft. Kurzfristig steigt die **Inflationsrate** (gemessen als jährliche Änderungsrate des Verbraucherpreisindex) in Szenario 2 im Jahr 2025 auf 3,5 Prozent an. Zum Vergleich: Im Basisszenario liegt diese bei 2,5 Prozent im Jahr 2025. Die Kaufkraftverluste nehmen im Zeitverlauf aber wieder stark ab. Im Jahr 2028 liegt die jährliche Inflationsrate in Szenario 2 unterhalb der Zielinflation von

2 Prozent. In Szenario 1 ist der Verlauf ähnlich: Auch dort sinkt die Verbraucherpreisinflation im Jahr 2028 wieder auf etwa 2 Prozent.

Um die Auswirkungen der Zollerhöhung besser nachvollziehen zu können, kann der gesamtwirtschaftliche BIP-Effekt aufgeteilt nach der Entwicklung der einzelnen Aggregate der privaten Nachfrage betrachtet werden: nach der Entwicklung des privaten Konsums, der privaten Investitionen und der Nettoexporte. Die Zollerhöhung hat keinen gesonderten Effekt auf die Staatsausgaben. Sie sind im Modell von Oxford Economics exogen gesetzt und werden entsprechend nicht von den veränderten Annahmen beeinflusst. Da sich damit zwischen dem Basisszenario und den beiden modellierten Szenarien jeweils kein Unterschied bei den Staatsausgaben ergibt, leisten sie keinen Beitrag zu der erwähnten Veränderung des BIP und werden daher im Folgenden nicht berücksichtigt.

Abbildung 2-1: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in den USA

Vergleich der beiden Szenarien mit dem Basisszenario, Abweichungen des BIP für das jeweilige Jahr in Prozent



Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Der in Abbildung 2-1 dargestellte BIP-Effekt lässt sich wie folgt durch die einzelnen Komponenten der privaten Nachfrage erklären:

- Der Hauptgrund für die eher begrenzten negativen BIP-Effekte liegt in den (zunehmend) positiven Auswirkungen des Zollshocks auf die **US-Handelsbilanz (Nettoexporte)**. Dabei wirken positive Effekte auf die US-Handelsbilanz trotz höherer Handelszölle und nachlassender Nachfrage aus dem Ausland für amerikanische Exporte zuerst kontraintuitiv. Die Verbesserung der Handelsbilanz relativ zum Basisszenario ergibt sich aus der Tatsache, dass die US-Einfuhren stärker zurückgehen als die US-Ausfuhren. Dies gilt

besonders in Szenario 2. Da die Auswirkungen für Szenario 1 sehr ähnlich sind, wird auf die zusätzliche grafische Darstellung verzichtet. In Abbildung 2-2 wird die Abweichung vom Basisszenario der einzelnen Komponenten in Prozent für Szenario 2 dargestellt. Dabei wird der deutlichere Rückgang bei den US-Importen im Vergleich zu den US-Exporten ersichtlich. Zudem geht daraus hervor, dass dieser Effekt der Nettoexporte anhaltend ist. Der Importrückgang ist hauptsächlich durch die Zollerhöhungen zu erklären. Der Exportrückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Weltwirtschaft ebenfalls negativ beeinflusst wird und damit auch die Nachfrage nach US-Exporten sinkt (s. Abschnitt 2-3). Dieser negative Effekt auf die US-Exporte ist in Szenario 2 noch stärker ausgeprägt. In beiden Szenarien verschlechtert sich jedoch die US-Handelsbilanz insgesamt weiter und bleibt am Ende des Betrachtungszeitraums über der Schwelle von minus 1 Billion US-Dollar (in Preisen des Jahres 2017). Insgesamt würde das US-Handelsbilanzdefizit in Szenario 1 im Jahr 2025 bei knapp über 1 Billion US-Dollar liegen. Im Basisszenario verschlechtert sich die Handelsbilanz schneller und erreicht bereits im Jahr 2025 rund minus 1.080 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2028 liegt diese bei minus 1.218 Milliarden US-Dollar, während sie in Szenario 1 nur leicht auf minus 1.070 Milliarden US-Dollar ansteigt (preisbereinigt zu Preisen des Jahres 2017). Der Zollschock führt also nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Handelsbilanz, sondern verlangsamt lediglich ihre Verschlechterung.

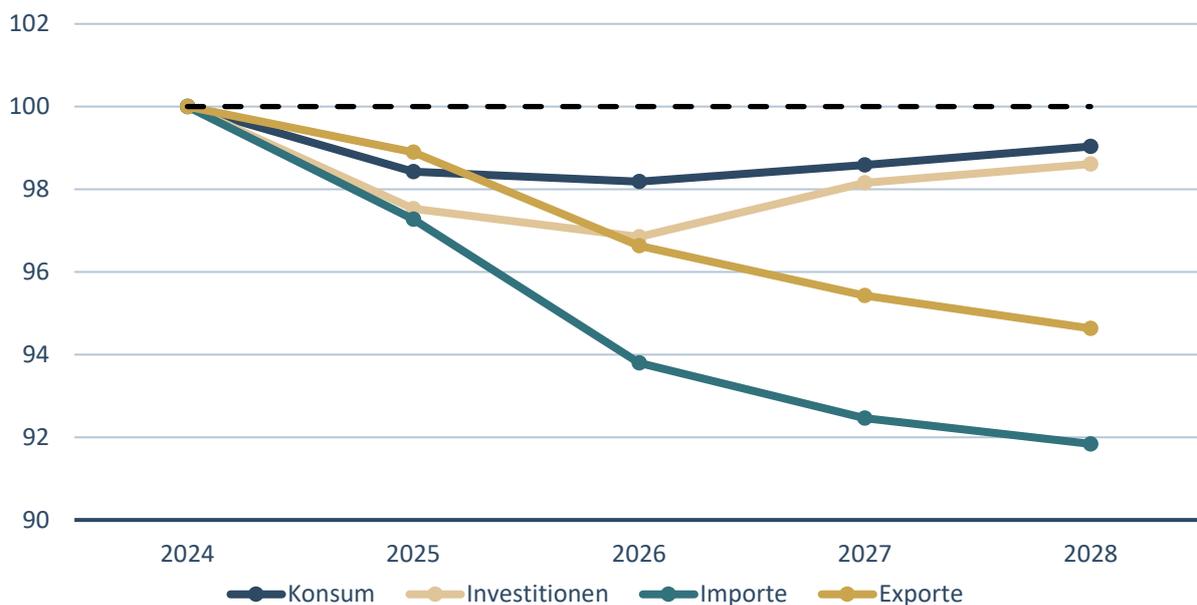
Die seit den 1990er Jahren negative Handelsbilanz der USA ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die US-Wirtschaft insgesamt ein Finanzierungsdefizit aufweist, was das makroökonomische Spiegelbild eines Leistungsbilanzdefizits ist. Solange die USA im globalen Kontext ein großer Nettokreditnehmer bleiben, sind alle Versuche, das US-Handelsdefizit durch Zölle nachhaltig zu verringern, tendenziell vergeblich. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der effektive Wechselkurs der USA wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grad aufwerten wird. Im Oxford-Modell steigt er in beiden Szenarien nach Einführung der Importzölle in den Jahren 2025 und 2026 deutlich an und verweilt auf dem höheren Niveau bis 2028. In Kombination mit den zollbedingten höheren Preisen in den USA im Vergleich zu ihren Handelspartnern wirkt dies der Verbesserung der Handelsbilanz wieder entgegen, da eine reale Aufwertung einer Währung in der Regel die Importe erhöht und die Exporte verringert.

- Der **private Konsum** ist die Hauptursache für den negativen Gesamteffekt auf das amerikanische BIP. Etwa zwei Drittel lassen sich auf den negativen Konsumeffekt zurückführen. Der negative Effekt bleibt bis 2028 bestehen, wird aber im Lauf der Zeit etwas weniger negativ. So zeigt Abbildung 2-2, dass die Abweichung zum Referenzszenario beim Konsum im Jahr 2026 noch rund minus 2 Prozent beträgt, während sie im Jahr 2028 nur noch bei rund minus 1 Prozent liegt. Dieses Ergebnis lässt sich durch mehrere Faktoren erklären: Der private Verbrauch geht vor allem aufgrund des temporär höheren Verbraucherpreisniveaus (und der daraus resultierenden geringeren Kaufkraft der privaten Haushalte), der höheren Arbeitslosigkeit und der niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen aufgrund des BIP-Rückgangs zurück. Hinzu kommen die Auswirkungen durch den vorübergehenden Vertrauensschock, das heißt des Rückgangs des Verbrauchertrauens und des negativen Vermögenseffekts aufgrund der niedrigeren Aktienkurse. Wie bereits erwähnt, klingt der Vertrauensschock im Lauf der Zeit ab, was dazu beiträgt, dass sich das Ausmaß der negativen Auswirkungen auf den privaten Verbrauch verringert. Auch die endogenen Zweitroundeneffekte wirken in diese Richtung: Da der BIP-Effekt und der Beschäftigungseffekt weniger negativ werden, wirkt sich dies ebenfalls auf den privaten Verbrauch aus.
- Die **privaten Investitionen** tragen ebenfalls zu den negativen Auswirkungen auf das BIP bei, allerdings in geringerem Maß als der private Verbrauch. Das Ausmaß des negativen Effekts nimmt noch stärker ab als beim privaten Verbrauch (Abbildung 2-2). Diese Entwicklung lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Erstens tragen wie beim privaten Konsum zwei Faktoren dazu bei: der vorübergehende Charakter des Vertrauensschocks und die Abschwächung der negativen BIP-Effekte auf das verfügbare persönliche Einkommen im Zeitverlauf. Zweitens werden die privaten Investitionen von einem sinkenden Weltölpreis aufgrund der rückläufigen globalen Nachfrage begünstigt. Drittens werden die privaten Investitionen

mittelfristig von den niedrigeren Finanzierungskosten unterstützt. Während die Finanzierungskosten im Jahr 2025 zunächst ansteigen, sinken sie nach 2026. Schließlich kommt es zudem zu einer leichten Verringerung der Produktionskosten (Nichtarbeitskosten), da sowohl sinkende Importpreise als auch der fallende Ölpreis zu niedrigeren Erzeugerpreisen führen, was wiederum die Investitionstätigkeit ebenfalls leicht anregt. Insgesamt schwächt sich der negative Investitionseffekt somit deutlich ab und die Abweichung vom Basisszenario liegt im Jahr 2028 nur noch bei minus 1,4 Prozent (Abbildung 2-2).

Abbildung 2-2: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in den USA (Szenario 2)

Abweichung vom Basisszenario (Index 2024 = 100), in Prozent



Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

2.2 Auswirkungen in der EU-27 und Deutschland

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen in der EU-27 für beide Szenarien zwischen 2025 und 2028 werden in Abbildung 2-3 dargestellt. Im Vergleich zu den USA sind die wirtschaftlichen Auswirkungen in beiden Szenarien durchweg negativ und die Auswirkungen werden immer stärker, je länger sich der exogene Handelschock in der europäischen Wirtschaft über Multiplikator- und Zweitrundeneffekte bemerkbar macht. Abbildung 2-3 skizziert für die EU-27 mehrere wichtige wirtschaftliche Auswirkungen:

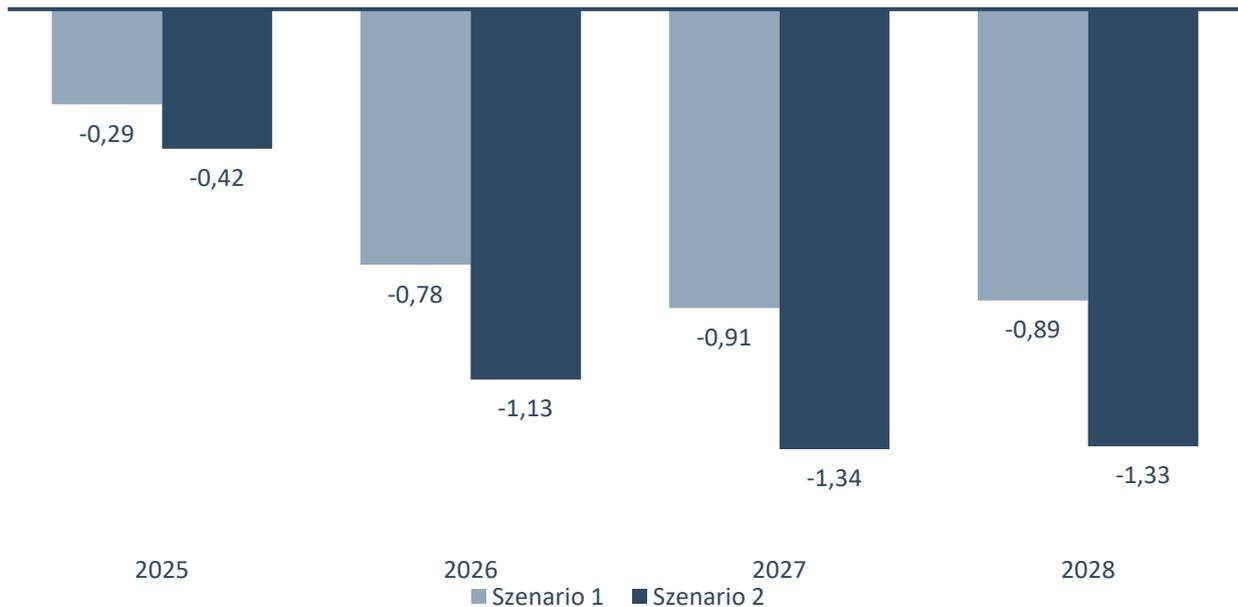
- Die **Abweichung des BIP-Niveaus** (in Prozent) vom Basisszenario ist wie in den USA in Szenario 2 generell stärker als in Szenario 1. Im Unterschied zu den USA nimmt der negative BIP-Effekt im Zeitverlauf zu.
- Der BIP-Effekt in Szenario 1 ist im Jahr 2028 mit minus 0,9 Prozent mehr als dreimal so stark wie im Jahr 2025. Eine ähnliche Entwicklung ist in Szenario 2 zu verzeichnen. Hier ergibt sich eine negative prozentuale Abweichung von 1,3 Prozent im Jahr 2028.

- In beiden Szenarien wird der maximal negative Effekt drei Jahre nach der Einführung der Handelszölle erreicht und nimmt danach nur minimal ab.

In absoluten Werten liegen die kumulierten BIP-Verluste über den 4-Jahres-Zeitraum bei etwa 420 Milliarden Euro in Szenario 1 und bei 619 Milliarden Euro in Szenario 2 (in Preisen des Jahres 2015). Diese Werte sind nicht direkt mit nominalen Angaben zu Preisen des Jahres 2024 vergleichbar.

Abbildung 2-3: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in der EU-27

Vergleich der beiden Szenarien mit dem Basisszenario, Abweichungen des BIP für das jeweilige Jahr in Prozent



Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

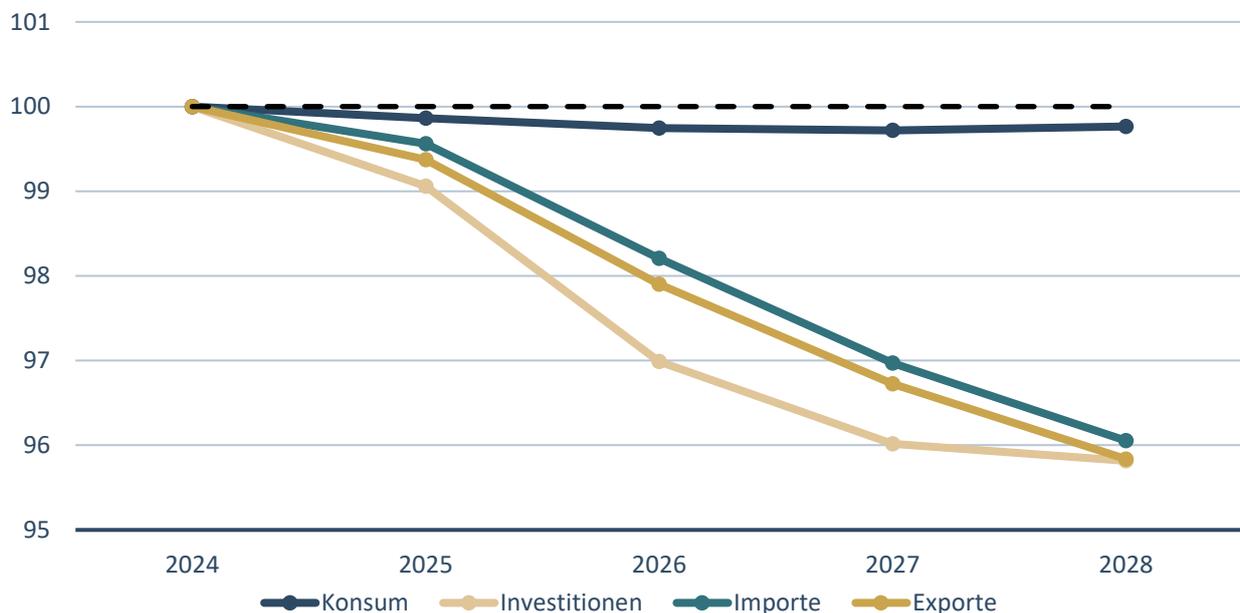
Um die Treiber hinter diesen BIP-Effekten näher zu beleuchten, wird der in Abbildung 2-3 dargestellte BIP-Effekt nach den einzelnen Komponenten der privaten Nachfrage zerlegt. Es wird sich hier ausschließlich auf Szenario 2 konzentriert, da der Verlauf in Szenario 1 ähnlich ist:

- Der negative BIP-Effekt wird vor allem über den starken Einbruch bei den **privaten Investitionen** erklärt. In Szenario 2 nimmt die negative Abweichung vom Basisszenario rapide zu und liegt ab dem Jahr 2027 etwa 4 Prozent unter dem Referenzszenario. Sie erklären damit ab dem Jahr 2026 rund 70 Prozent des negativen BIP-Effekts.
- Im Gegensatz zu den USA sind die Auswirkungen auf die europäische **Handelsbilanz** durchgehend negativ. Dieser Effekt nimmt im Lauf der Zeit zu, wie an der Entwicklung der Importe und Exporte in Abbildung 2-4 zu erkennen ist. Sowohl die europäischen Exporte als auch die Importe gehen in beiden Szenarien zurück. Da die Abweichung vom Basisszenario bei den Exporten aber stärker zunimmt als bei den Importen weisen die Nettoexporte negative Werte in Szenario 2 auf. Die sinkenden Nettoexporte erklären in etwa 20 Prozent des gesamten BIP-Effekts.

- Trotz der teilweise starken BIP-Rückgänge fallen die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den **privaten Konsum** sehr gedämpft aus. Die Ausgaben der Haushalte liegen im Jahr 2027 mit rund minus 0,3 Prozent nur leicht unter dem Basisszenario. Grund hierfür ist zum einen, dass die Inflationsrate in Szenario 2 am Ende des betrachteten Zeitraums mit 1,7 Prozent niedriger liegt als im Referenzszenario ohne den Handelschock (2,1 Prozent im Jahr 2028). So führt die sich im Zeitverlauf bessernde Kaufkraft zu einer Zunahme beim privaten Konsum. Zum anderen nehmen die negativen Auswirkungen der temporären Vertrauensschocks auf den privaten Konsum ab. Insgesamt erklärt der negative Effekt beim privaten Konsum nicht einmal 10 Prozent des BIP-Rückgangs in der EU-27.

Abbildung 2-4: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in der EU-27 (Szenario 2)

Abweichung vom Basisszenario (Index 2024 = 100), in Prozent



Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Auswirkungen für Deutschland werden im Folgenden analysiert. Deutschland wurde als Beispiel für eine offene und exportorientierte Wirtschaft gewählt, die potenziell besonders unter einseitigen US-Zollerhöhungen und einem verschärften Handelskrieg zwischen den USA und der EU-27 leiden könnte. Abbildung 2-5 zeigt die volkswirtschaftlichen Auswirkungen in Deutschland für beide Szenarien zwischen 2025 und 2028:

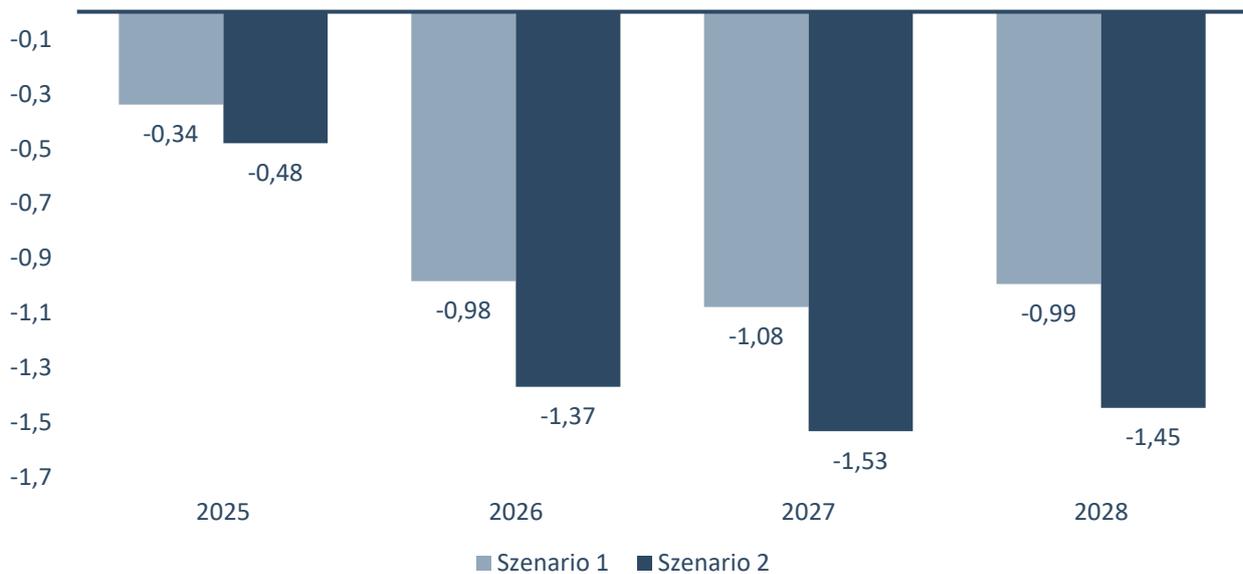
- Im Jahr 2028 beträgt die negative **Abweichung des BIP-Niveaus** (in Prozent) in Szenario 1 rund 1 Prozent und in Szenario 2 etwa 1,5 Prozent vom Basisszenario.
- Damit liegt der negative Effekt im Jahr 2028 in etwa auf der Höhe des maximalen negativen Effekts in den USA im Jahr 2025.

- Im Vergleich zu den USA sind die wirtschaftlichen Auswirkungen in beiden Szenarien durchweg negativ und die Auswirkungen werden immer stärker, je länger der exogene Handelsschock in der deutschen Wirtschaft nachwirkt. Damit ist der Verlauf ähnlich wie in der EU-27.

Die kumulierten BIP-Verluste (in konstanten Preisen des Jahres 2020) über den 4-Jahres-Zeitraum belaufen sich auf etwa 127 Milliarden Euro in Szenario 1 und auf 180 Milliarden Euro in Szenario 2. Diese Werte sind nicht direkt mit nominalen Angaben zu Preisen des Jahres 2024 vergleichbar.

Abbildung 2-5: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in Deutschland

Vergleich der beiden Szenarien mit dem Basisszenario, Abweichungen des BIP für das jeweilige Jahr in Prozent



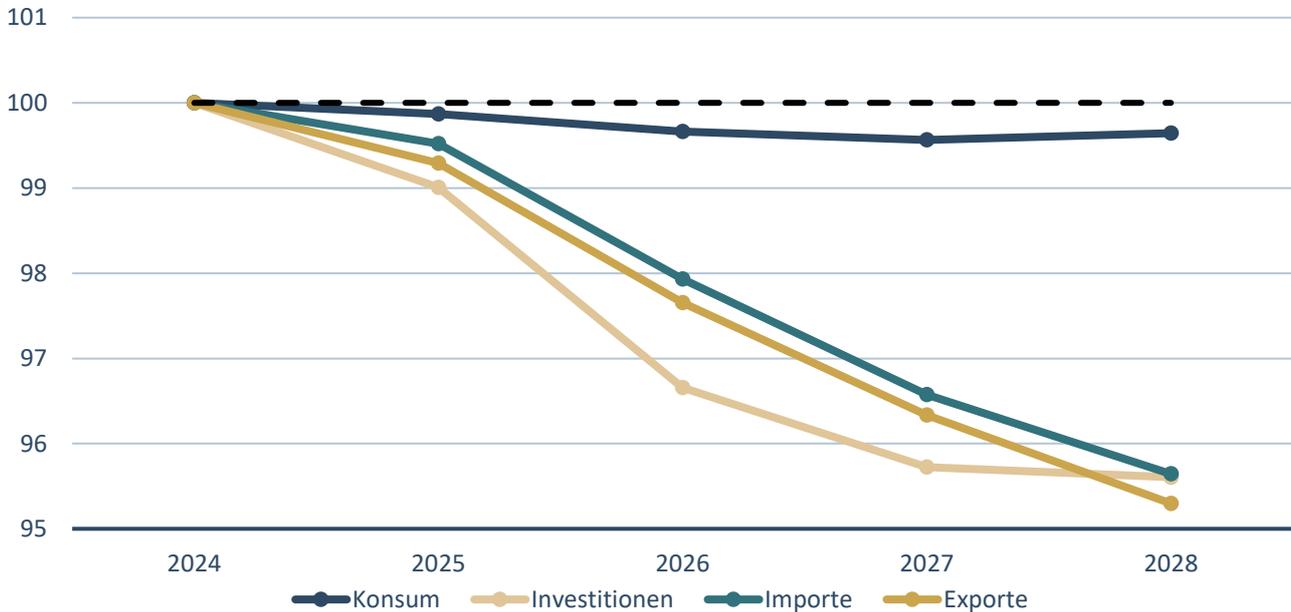
Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Ein weitergehender Effekt ist, dass die **Gesamtbeschäftigung** in Deutschland gegenüber dem Basisszenario im Jahr 2028 zurückgehen würde: um fast 103.000 Personen in Szenario 1 und um 151.000 Personen in Szenario 2. Dies entspricht einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte im letzteren Fall. Damit bleiben die negativen Beschäftigungseffekte überschaubar. Das **Niveau des Verbraucherpreisindex** geht in beiden Szenarien im Vergleich zum Basisszenario leicht zurück. So würde die jährliche Inflationsrate in Szenario 2 im Jahr 2028 bei 1,7 Prozent statt bei 2 Prozent wie im Basisszenario im Jahr 2028 liegen. Obwohl die höheren EU-Zölle die Preise auch in Deutschland etwas erhöhen, gibt es andere preisdämpfende Effekte, die offensichtlich stärker sind. Das sind vor allem eine leichte Unterauslastung der Produktion und die schwache wirtschaftliche Entwicklung, die nachfragedämpfend wirkt. So liegt die **Industrieproduktion** in Deutschland in den beiden Jahren 2026 und 2027 in Szenario 2 knapp 3 Prozent unter dem Basisszenario. Die Output-Lücke liegt in Szenario 2 stellenweise bei über minus 3 Prozent und zeigt damit die starke Unterauslastung auf. Auch im Basisszenario ist sie negativ, sinkt aber zum Jahr 2028 auf minus 1,4 Prozent:

Abbildung 2-6: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in Deutschland (Szenario 2)

Abweichung vom Basisszenario (Index 2024 = 100), in Prozent



Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent. Szenario 2: identische Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle wie in Szenario 1. EU-27 und USA vertiefen den transatlantischen Handelskonflikt und erheben gegenseitig nochmal höhere Importzölle von 20 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

- Die **privaten Investitionen** sind der wichtigste Faktor für den Rückgang des deutschen BIP. In Szenario 2 sinken die privaten Investitionen stetig und liegen im Jahr 2028 um über 4 Prozent niedriger als im Basisszenario. Dieser Rückgang ist für bis zu 70 Prozent des BIP-Rückgangs verantwortlich. Einer der Hauptgründe für diese negativen Auswirkungen ist der erhebliche Rückgang der deutschen Exporte und damit des BIP, das in der kurzen Frist die Investitionsnachfrage schwächt. Darüber hinaus führen die Erhöhung der Zölle auf US-Importe aus Deutschland – und die Vertrauensschocks in den USA – zu einem negativen Rückkoppelungseffekt für den Aktienmarkt, den privaten Konsum und die privaten Investitionen in Deutschland. Hier sind einerseits die fallenden Unternehmensinvestitionen zu nennen, die aufgrund der hohen BIP-Einbußen und damit einer schwachen binnenwirtschaftlichen Nachfrage stark in der kurzen Frist zurückgehen. Andererseits fallen auch die Wohnbauinvestitionen, wenngleich im geringeren Umfang, da die verfügbaren Einkommen der Haushalte sinken. Zuletzt steigen die Finanzierungskosten der Unternehmen in Deutschland zumindest kurzfristig bis zum Jahr 2026 an.
- Im Gegensatz zu den USA, aber ähnlich wie für die EU, sind die Auswirkungen auf die deutsche **Handelsbilanz** negativ. Dieser Effekt nimmt mit der Zeit über Multiplikatoreffekte weiter zu. Die deutschen Exporte gehen grundsätzlich in beiden Szenarien stärker zurück als die deutschen Importe. Der Exportrückgang beläuft sich auf 4,7 Prozent in Szenario 2 im Jahr 2028 (Abbildung 2-6). Der Anteil am Rückgang des BIP variiert zwischen 10 und 20 Prozent in den einzelnen Jahren. Es sind vor allem die Nichtbrennstoffexporte, die stark zurückgehen. In geringerem Umfang gehen die Dienstleistungsexporte zurück. Darin spiegeln sich vor allem die negativen Auswirkungen der US-Zollerhöhung auf die Weltwirtschaft und der

daraus resultierende deutliche Rückgang der Auslandsnachfrage nach deutschen Exporten von den wichtigsten Handelspartnern wider.

- Auch der **private Konsum** leistet einen negativen Beitrag, allerdings nur in geringem Umfang. Der negative BIP-Effekt impliziert einen negativen Beschäftigungseffekt und damit einen Rückgang des verfügbaren persönlichen Einkommens, welcher der wichtigste Faktor zur Erklärung des Konsumrückgangs ist. Ein weiterer Faktor ist die Verschlechterung der Nettovermögensposition der deutschen Haushalte, weil die Aktienmärkte durch den Handelsschock in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein, wenn auch begrenzter, ausgleichender Faktor ist das niedrigere Verbraucherpreisniveau, welches das real verfügbare Einkommen leicht erhöht.

2.3 Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und Auslandsnachfrage

Das Oxford-Modell ermöglicht auch eine Abschätzung der Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Das Modell deckt jedoch nur 85 Volkswirtschaften im Detail ab und verbindet sechs regionale Blöcke vorwiegend über internationale Verflechtungen miteinander. Zudem werden, wie eingangs erwähnt, keine direkten Handelsumlenkungseffekte im Modell abgebildet.

Folgende Ergebnisse sind festzuhalten: Das weltweite reale BIP würde deutlich unter dem Zollschock leiden. Im Vergleich zum Basisszenario würde es in Szenario 1 im Jahr 2025 um 0,5 Prozent sinken, wobei der Effekt bereits im Jahr 2026 mit rund 0,8 Prozent seinen Höhepunkt erreicht. In Szenario 2 sind die Effekte grundsätzlich stärker und auch dort wäre der maximale Effekt im Jahr 2026 mit etwas mehr als minus 1 Prozent erreicht. Das entspricht in etwa 1 Billion US-Dollar (preisbereinigt zu Preisen des Jahres 2015).

Der starke Rückgang bei der Weltwirtschaft wird nicht allein durch den BIP-Rückgang in den USA oder der EU-27 erklärt. Andere große Volkswirtschaften wie China oder Japan würden die adversen Effekte eines transtransatlantischen Handelskonflikts ebenfalls zu spüren bekommen. In China würde das reale BIP im Jahr 2028 in Szenario 2 um 1,7 Prozent unter dem Basisszenario liegen, in Japan läge es entsprechend bei minus 0,7 Prozent. Die überproportional starken Auswirkungen auf China dürften vorwiegend damit zu erklären sein, dass die transatlantischen Märkte für chinesische Exporteure sehr wichtig sind. Ausschlaggebend für den starken Effekt in China sind außerdem die deutliche Erhöhung des US-Handelszolls auf 60 Prozent in China. McKibbin et al. (2024) kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Im Vereinigten Königreich erreicht der maximale negative BIP-Effekt minus 0,8 Prozent im Jahr 2027, danach sinkt er leicht. Hintergrund sind die temporären Vertrauensschocks, die sich über einen schwächer laufenden Aktienmarkt auf die Unternehmensinvestitionen und den privaten Konsum der Haushalte negativ auswirken. Hinzu kommt, dass die Exporte in den drei genannten Ländern deutlich zurückgehen.

Betrachtet man für die USA und Deutschland die Entwicklung der Auslandsnachfrage, also die Nachfrage der jeweiligen Exportpartner der USA und Deutschlands, so ergeben sich erhebliche negative Auswirkungen infolge der Zollerhöhungen. Die USA müssen größere negative Auswirkungen auf ihre Auslandsnachfrage hinnehmen als Deutschland. So sinkt die Nachfrage der US-Exportpartner in Szenario 2 im Vergleich zum Basisszenario im Jahr 2028 um rund 7 Prozent, während sie aus deutscher Sicht um etwa 6 Prozent zurückgeht. Der stärkere Rückgang für die USA lässt sich vor allem damit erklären, dass die USA, als einer der Haupthandelspartner Deutschlands, weniger wirtschaftlich betroffen sind als die Weltwirtschaft insgesamt. Es verwundert auf den ersten Blick, dass die USA trotz des stärkeren Rückgangs der Auslandsnachfrage mit Blick auf die Gesamtwirkungen weniger stark von den höheren Handelszöllen in beiden Szenarien betroffen sind. Der

Grund dafür liegt darin, dass die USA als große und relativ geschlossene Volkswirtschaft weniger unter einem Auslandsnachfrageschock leiden als die handelsoffenerere deutsche Wirtschaft. Für Deutschland spielt der Handel eine deutlich größere Rolle für die Gesamtwirtschaft.

Die schwache Weltwirtschaft führt in beiden Szenarien zu einem stark sinkenden Ölpreis. Dieser liegt in den Jahren 2025 und 2026 um bis zu 8 Prozent unter dem Basisszenario. Insofern überrascht es nicht, dass das Preisniveau in den USA in beiden Szenarien nur leicht höher liegt als im Referenzszenario und die Kaufkraftverluste der amerikanischen Haushalte damit begrenzt bleiben. Nichtsdestotrotz treiben die hohen Importzölle auf US-Einfuhren zumindest im Jahr 2025 und 2026 die Preise, wie unter Abschnitt 2.1 dargestellt wurde. In der EU-27 und Deutschland liegt das Niveau der Verbraucherpreisinflation durchweg unter dem Basisszenario.

3 Fazit

Zusammenfassung

Die anstehenden US-Präsidentenwahlen sind wegweisend. Sollte Donald Trump wiedergewählt werden, hat er im Bereich der Handelspolitik umfangreiche Zollerhöhungen – auch gegenüber der EU – angedroht. Die EU hat angekündigt, im Zweifel mit eigenen Vergeltungszöllen dagegenuzuhalten. Daher werden in diesem Report, aufbauend auf einer Vorgängerstudie (Obst et al., 2024), die Auswirkungen einer möglichen zweiten Amtszeit Trumps von 2025 bis 2028 mit zwei Szenarien mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics simuliert. Szenario 1 beinhaltet eine Erhöhung der US-Zölle auf 10 Prozent auf alle US-Einfuhren und auf 60 Prozent auf US-Einfuhren aus China ab dem Jahr 2025. Die EU hält ihrerseits mit einem Vergeltungszoll von 10 Prozent auf Einfuhren aus den USA dagegen. In Szenario 2 vertiefen die USA und die EU den transatlantischen Handelskonflikt und erhöhen ihre gegenseitigen Importzölle ausgehend von den USA jeweils auf 20 Prozent.

Die US-Wirtschaft würde je nach Szenario bereits im Jahr 2025 einen wirtschaftlichen Verlust in Höhe von rund 1,3 Prozent und 1,5 Prozent des BIP im Vergleich zum Basisszenario erleiden. Die negativen BIP-Effekte sind in den ersten beiden Jahren am stärksten, nehmen aber jeweils mit der Zeit ab. In Szenario 2 bleibt der BIP-Effekt in den USA mit –0,2 Prozent im Jahr 2028 negativ. In Szenario 1 kehrt die Wirtschaftsleistung fast wieder auf das Basisszenario zurück. Ein verstärkter transatlantischer Handelskonflikt wäre demnach auch für die US-Wirtschaft nochmals negativer. Die Auswirkungen sind zum Teil auf einen simulierten vorübergehenden Vertrauensschock infolge der Zollerhöhung in der kurzen Frist zurückzuführen, der sich vor allem auf die privaten Investitionen und den privaten Konsum negativ auswirkt. Die Tatsache, dass die Auswirkungen für die USA im Jahr 2028 eher begrenzt sind, liegt daran, dass die US-Einfuhren stärker zurückgehen als die US-Ausfuhren. Dies hat einen (zunehmend) positiven Effekt auf die US-Handelsbilanz, weswegen auch das US-Handelsbilanzdefizit weniger stark ansteigt als im Basisszenario. In absoluten Werten (in konstanten Preisen des Jahres 2017) würden die USA einen kumulierten Verlust an realem BIP in Höhe von rund 686 Milliarden US-Dollar in Szenario 1 und sogar von knapp 874 Milliarden US-Dollar in Szenario 2 im Zeitraum 2025 bis 2028 erleiden. Diese Werte sind nicht direkt mit nominalen Angaben zu Preisen des Jahres 2024 vergleichbar.

Die Auswirkungen für die EU-27 und Deutschland sind deutlich gravierender. Die großen Unterschiede zu den USA bestehen darin, dass die negativen BIP-Effekte insgesamt über den Zeitraum 2025 bis 2028 zunehmen und der negative Effekt auf die Nettoexporte und privaten Investitionen in Europa und Deutschland innerhalb der vier Jahre bestehen bleibt. Eine Erholungsphase wie in den USA tritt hier im Wesentlichen nicht ein. In Szenario 2 führen die gegenseitige Erhöhung der Handelszölle auf 20 Prozent im transatlantischen Handel zu einem BIP-Einbruch von 1,3 Prozent in der EU-27 und sogar von 1,5 Prozent in Deutschland, jeweils im Jahr 2028. Sowohl in den EU-27 als auch in Deutschland erklärt der starke und anhaltende Rückgang der privaten Investitionen mehr als zwei Drittel des negativen BIP-Effekts. In beiden Volkswirtschaften bleiben die negativen Auswirkungen auf den privaten Konsum aber insgesamt sehr begrenzt. Insgesamt kommen hier die länderspezifischen Strukturen der Volkswirtschaften zum Tragen. Während die USA eine große und daher relativ geschlossene Volkswirtschaft darstellt, ist die Exportnation Deutschland mit ihrem besonders hohen Offenheitsgrad anfälliger für globale Handelskonflikte und einer entsprechend schwächeren Weltwirtschaft. Die kumulierten BIP-Verluste (in konstanten Preisen des Jahres 2020) in Deutschland über den 4-Jahres-Zeitraum belaufen sich auf etwa 127 Milliarden Euro in Szenario 1 und auf 180 Milliarden Euro in Szenario 2.

Notwendigkeit einer robusteren Handelspolitik

Die aggressive Handelspolitik als Markenzeichen Trumps, die Vergeltungsmaßnahmen provoziert, ist eine relevante Facette davon, wie sich weltweit die Einstellungen zum offenen Handel geändert haben. Auch das Verhalten Chinas stellt eine Herausforderung für den globalen Freihandel dar. Darauf müssen die EU und Deutschland reagieren. Im Folgenden werden daher drei Aspekte einer robusteren EU-Handelspolitik diskutiert.

Vergeltungsdrohung als realpolitische Notwendigkeit

In Reaktion auf die anhaltenden Zollandrohungen Trumps hat die Europäische Kommission im Sommer eine Gegenstrategie der EU skizziert (Bounds, 2024). Demnach soll zunächst versucht werden, mit Trump zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen zu kommen, auch indem die EU ihre US-Importe bei bestimmten Produkten erhöht. Da es Zweifel gibt, inwiefern die EU ihre Importe aus den USA signifikant steigern kann, wäre eine weitere Möglichkeit, den USA in Handelsfragen entgegenzukommen, eine engere Kooperation im Rahmen des TTC und damit im gemeinsamen Vorgehen gegenüber China.

Sollte das Bemühen um eine verbesserte Handelsbeziehung jedoch fehlschlagen und Trump auf Zollerhöhungen beharren, würde die EU ihrerseits, laut der Strategie der Europäischen Kommission, mit gezielten Vergeltungszöllen dagegehalten (Bounds, 2024). In Europa und besonders in Deutschland herrschte lange Zeit aus guten Gründen eine große Zurückhaltung gegenüber der Nutzung von Zöllen. Denn das deutsche industrielle Exportmodell ist auf offene Märkte angewiesen. Eine Ablehnung von purem Protektionismus muss weiterhin die Richtschnur für die europäische Handelspolitik sein. Die vorliegende Analyse zeigt jedoch, dass Europa und vor allem Deutschland, im Fall, dass Donald Trump seine angekündigten Zollandrohungen wahr macht, erheblichen wirtschaftlichen Schaden hinnehmen müssten. Daher sind Vergeltungsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Mit dem Anti-Coercion Instrument hat die EU seit verganginem Jahr ein Werkzeug, um einen solchen Gegenschlag auszuführen. Die Auswirkungen eines europäischen Vergeltungsschlags wurden in Abschnitt 2 simuliert. Die Frage, inwiefern dies eine kluge Strategie ist, lautet: „Sollte die EU Vergeltung üben oder nicht?“.

Dafür werden in Tabelle 3-1 die Auswirkungen verglichen für den Fall, dass die EU auf einen US-Importzoll von 10 Prozent nicht reagiert (Szenario 1a, Spalte 1) mit der bereits in Abschnitt 2 simulierten Variante, dass die EU ihrerseits mit einer Zollerhöhung auf 10 Prozent reagiert (Szenario 1b, Spalte 2) jeweils für das Jahr 2028. Die Differenz der beiden Varianten wird in Spalte 3 gebildet.

Ohne Vergeltungszoll der EU (Szenario 1a) ist der Effekt der einseitigen Zollerhöhung für die USA im Jahr 2028 sogar leicht positiv. Für die EU und Deutschland hingegen sind sie auch in dieser Variante mit $-0,82$ und $-0,92$ Prozent des BIP im Vergleich zum Basisszenario im Jahr 2028 negativ. Im Fall, dass die EU mit einer gleichwertigen Zollerhöhung reagiert (Szenario 1b), dreht sich der BIP-Effekt für die USA ebenfalls ins Negative. Für die EU und Deutschland wird er dagegen nur leicht negativer. Für die USA wäre demnach eine Gegenreaktion der EU deutlich schädlicher als für die EU. Die EU und Deutschland könnten also vergleichsweise glaubwürdig mit Vergeltung drohen. Bestenfalls sollte allein die glaubhafte Androhung einer solchen Vergeltungsstrategie der EU genügen, um die USA davon abzuhalten, den Zoll pauschal auf Importgüter aus der EU zu erhöhen. In der derzeitigen geopolitischen Weltlage erscheinen die Androhung und gegebenenfalls auch die Verhängung von Vergeltungszöllen in letzter Konsequenz als ein realpolitisch notwendiges Element einer robusteren EU-Handelspolitik.

Tabelle 3-1: Vergleich der Auswirkungen von 10-prozentigem US-Importzoll ohne und mit Vergeltungszoll der EU-27

Vergleich der beiden Szenariovarianten 1a (ohne Vergeltungszoll) und 1b (mit Vergeltungszoll) mit dem Basisszenario, Abweichungen des BIP für das Jahr 2028 in Prozent (Spalte 1 und 2) und Differenz in Prozentpunkten (Spalte 3)

	Szenario 1a (ohne Vergeltungszoll der EU-2) in Prozent	Szenario 1b (mit 10-prozentigem Vergel- tungszoll der EU-27) in Prozent	Differenz Szenariovarianten (1b – 1a in Prozentpunkten)
USA	0,13	-0,05	-0,18
EU-27	-0,82	-0,89	-0,07
Deutschland	-0,92	-0,99	-0,07

Basisszenario: Szenario ohne Zollerhöhungen. Szenario 1a: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift keine Gegenmaßnahmen. Szenario 1b: eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf alle Importe der Handelspartner (außer China) auf 10 Prozent und eine Erhöhung der durchschnittlichen US-Zölle auf chinesische Importe auf 60 Prozent. Die EU-27 ergreift Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf US-Einfuhren auf 10 Prozent.

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Absicherung der EU-Handelspolitik durch De-Risking

Die Zeitenwende hat deutlich gemacht, dass beim Handel mit Autokratien auch substantielle gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten keine Garantie mehr dafür sind, auf politisch-militärische Aggression zu verzichten, weil die ökonomischen Kosten eines Kriegs zu hoch sind. Um politische Erpressbarkeiten zu begrenzen, ist es deshalb nötig, kritische Abhängigkeiten von Drittstaaten zu vermindern, mit denen geopolitische Konflikte drohen könnten. Jüngst hat etwa Mario Draghi in seinem Report zur Wettbewerbsfähigkeit der EU darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeiten der EU besonders bei kritischen Rohstoffen bedenklich sind und es notwendig ist, sich strategischer aufzustellen (Draghi, 2024). Bei einem solchen De-Risking sollte aber sehr fokussiert und zurückhaltend vorgegangen werden, um zu hohe Kosten für Verbraucher und Staat zu verhindern (Matthes, 2024a). Importabhängigkeiten, etwa von China, sind dazu zunächst auf ihre Kritikalität zu prüfen, also auf den gesamtwirtschaftlichen Schaden, der beim Ausbleiben bestimmter Produkte entstehen würde (Matthes, 2024b). Eine wichtige Strategie ist dabei, auf ein diversifiziertes Friendshoring zu setzen, um Versorgungsquellen breit über mehrere Länder zu streuen, die geopolitisch als hinreichend verlässlich eingeschätzt werden. Dafür ist der Ausbau der Freihandelsabkommen mit Ländern in Südamerika oder im indopazifischen Raum zentral (Matthes/Sultan, 2023; Sultan, 2023; Sultan et al., 2024). Aber auch die Handelspartnerschaft Deutschlands mit den mittel- osteuropäischen Ländern wie Polen gewinnen durch die Reglobalisierung zunehmend an Bedeutung.

Unter gewissen Umständen ist in Einzelfällen an eine Stärkung der Produktionsbasis in der EU zu denken. Wenn China der günstigste Anbieter kritischer Produkte bleibt, stellt sich bei beiden Strategien das Problem, dass eine Produktion bei Partnern oder in der EU möglicherweise nicht wettbewerbsfähig ist. Daher sind hier Staatseingriffe in Erwägung zu ziehen, um ein De-Risking zu ermöglichen. Staatliche Maßnahmen sollten effektiv sein und eine möglichst geringe Interventionstiefe haben. Möglicherweise ist aber auch die Nutzung von Handelsbarrieren nötig, die in der Regel deutlich kostengünstiger für den Staat sind als Subventionen (Matthes, 2024a).

Die USA und die EU haben bei gewissen Produkten ähnliche Abhängigkeiten von China, etwa bei wichtigen Rohstoffen wie Seltene Erden, Batterien oder bei einigen chemisch-pharmazeutischen Produkten. Hier wie auch bei hochleistungsfähigen Halbleitern, bei denen die Abhängigkeit vor allem von Taiwan besteht, bietet sich eine Kooperation an.

Schutz vor Überkapazitäten und wettbewerbsverzerrenden Subventionen

Eine robustere Handelspolitik ist auch angeraten als Reaktion auf subventionsbedingte Wettbewerbsverzerrungen durch den chinesischen Staatskapitalismus, eine stark unterbewertete chinesische Währung und daraus resultierenden sehr hohen chinesischen Handelsbilanzüberschüssen und Überkapazitäten in manchen Branchen (Matthes, 2024c; Matthes/Schmitz, 2024). Wenn die EU Handelsschutzinstrumente stärker gegenüber China nutzt, kann sie zwar ihren eigenen Markt damit schützen, aber nicht ihre Exportmärkte. Gleiches gilt für die USA, die mit ihren umfassenden Zöllen auf viele chinesische Produkte ihre Unternehmen beim Absatz auf Drittmärkten nicht schützen können. Daher bietet es sich an, die Anwendung von Handelsschutzinstrumenten zu koordinieren. Das würde wiederum bedeuten, dass die USA mit Ausgleichszöllen auch die Produkte schützen, gegen die die EU Ausgleichszölle verhängt hat und umgekehrt. In eine solche Kooperation sollten letztlich weitere Industrieländer und andere Partnerstaaten einbezogen werden.

Abstract

What threatens transatlantic trade relations under Trump 2.0?

Tariff increases and retaliatory measures.

The upcoming US presidential election will have far-reaching consequences. Should Donald Trump be re-elected, he has threatened extensive tariff increases – including also against the EU. The EU has announced that, as a last resort, it will react with its own retaliatory tariffs. Based on a previous study (Obst et al., 2024), this report therefore simulates the effects of two scenarios using the Global Economic Model from Oxford Economics for the four years of a possible second Trump term in office from 2025 to 2028. Scenario 1 includes an increase in US tariffs to 10 per cent on all US imports and to 60 per cent on US imports from China from 2025. The EU, for its part, reacts with a retaliatory tariff of 10 per cent on imports from the US. In scenario 2, the USA and the EU deepen the transatlantic trade conflict and increase their reciprocal import tariffs to 20 per cent each.

Depending on the scenario, the US economy would already suffer an economic loss of around 1.3 per cent and 1.5 per cent of GDP in 2025 compared to the baseline scenario. The negative GDP effects are strongest in the first two years but decrease over time. In scenario 2, the GDP effect in the US remains negative at –0.2 per cent in 2028. In scenario 1, economic output almost returns to the baseline scenario. An intensified transatlantic trade conflict would therefore also be even more negative for the US economy. The effects are partly due to a simulated temporary confidence shock because of the tariff increase in the short term, which has a negative impact on private investment and, in particular, private consumption. The fact that the impact for the US in 2028 is rather limited is since US imports decline more than US exports. This has an (increasingly) positive effect on the US trade balance, which is why the US trade deficit rises less sharply than in the baseline scenario. In absolute terms (in constant 2017 prices), the US would suffer a cumulative loss in real GDP of around USD 686 billion in scenario 1 and just under USD 874 billion in scenario 2 over the four years from 2025 to 2028. These figures are not directly comparable with nominal figures at 2024 prices.

The effects for the EU-27 and Germany are much more serious. The major differences to the US are that the overall GDP effects increase over the period 2025 to 2028 and that the negative effect on net exports and private investment in Europe and Germany prevails over the four years. Unlike in the US, there is essentially no recovery phase. In scenario 2, the reciprocal increase in trade tariffs to 20 per cent in transatlantic trade leads to a GDP slump of 1.3 per cent in the EU-27 and even 1.5 per cent in Germany in 2028. In both the EU-27 and Germany, the sharp and sustained decline in private investment explains up to two thirds of the negative GDP effect. In both economies, however, the negative impact on private consumption remains very limited overall. The country-specific structures of the economies come into play here. While the USA is a large and therefore relatively closed economy, the export champion Germany, with its particularly high degree of openness, is more susceptible to global trade conflicts and a correspondingly weaker global economy. The cumulative GDP losses (in constant 2020 prices) in Germany over the time horizon 2025-2028 amount to around EUR 127 billion in scenario 1 and EUR 180 billion in scenario 2. These values are also not directly comparable with the nominal figures at 2024 prices.

Trump's tariff threats are just one relevant facet of how attitudes towards open trade have changed worldwide. China's behavior also poses a challenge. The EU and Germany must respond to this with a more robust trade policy. In these geopolitically tense times, this includes the credible threat and, as a last resort, the

application of retaliatory measures as a necessary element of realpolitik. Our simulations show that if the EU reacts with an equivalent tariff increase, the effect of US tariff increases will turn negative. For the EU and Germany, on the other hand, the effect is only slightly more negative. A counter-reaction by the EU would therefore be significantly more damaging for the USA than for the EU. The EU and Germany could therefore make a comparatively credible threat of retaliation. In the best-case scenario, the threat of retaliatory measures alone could be enough to deter the US from unilaterally raising tariffs. In order to limit the scope for political blackmail, critical dependencies on third countries should also be reduced through targeted de-risking. This can be achieved, for example, by expanding free trade agreements. Another facet of a more robust EU trade policy is to protect against overcapacity and competition-distorting subsidies, particularly from China. In this area, the interests of the EU and the USA are congruent to a certain extent. Transatlantic coordination and cooperation would therefore be in the interests of both sides.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Vergleich der Auswirkungen von 10-prozentigem US-Importzoll ohne und mit Vergeltungszoll der EU-27	20
---	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in den USA	9
Abbildung 2-2: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in den USA (Szenario 2)	11
Abbildung 2-3: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in der EU-27	12
Abbildung 2-4: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in der EU-27 (Szenario 2)	13
Abbildung 2-5: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen in Deutschland	14
Abbildung 2-6: Auswirkungen der von Trump angedrohten Zollerhöhungen nach Komponenten in Deutschland (Szenario 2)	15

Literaturverzeichnis

Bounds, Andy, 2024, EU prepares two-step trade plan to tackle Donald Trump, Financial Times, 29.7.2024, <https://www.ft.com/content/9b1f982a-485c-4868-9a03-b7e58a6f5746> [9.10.2024]

Bown, Chad P., 2023, US-China Trade War Tariffs: An Up-to-Date Chart, Peterson Institute for International Economics, 6.4.2023, <https://www.piie.com/research/piie-charts/2019/us-china-trade-war-tariffs-date-chart> [9.10.2024]

Draghi, Mario, 2024, The future of European competitiveness, Part A / A competitiveness strategy for Europe, September 2024, https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en?filename=TheProzent20futureProzent20ofProzent20EuropeanProzent20competitivenessProzent20_Prozent20AProzent20competitivenessProzent20strategyProzent20forProzent20Europe.pdf [10.10.2024]

Maruyama, Warren / Galvin, Lyric / Reinsch, William Alan Reinsch, 2024, Making Tariffs Great Again: Does President Trump Have Legal Authority to Implement New Tariffs on U.S. Trading Partners and China?, CSIS Commentary, 10.10.2024, <https://www.csis.org/analysis/making-tariffs-great-again-does-president-trump-have-legal-authority-implement-new-tariffs> [17.10.2024]

Matthes, Jürgen, 2024a, Strategische Autonomie und wirtschaftliche Sicherheit effizient erreichen. Kriterien für wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Abbau kritischer Importabhängigkeiten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln

Matthes, Jürgen, 2024b, Importseitiges De-Risking von China im Jahr 2023, Eine Anatomie hoher deutscher Importabhängigkeiten von China, IW-Report, Nr. 18, Köln

Matthes, Jürgen, 2024c, Chinas Wechselkurs, Höchste Zeit für eine Aufwertung gegenüber dem Euro, IW-Kurzbericht, Nr. 73, Köln

Matthes, Jürgen / Schmitz, Edgar, 2024, Konkurrenzdruck aus China für deutsche Firmen, IW-Report, Nr. 30, Köln

Matthes, Jürgen / Sultan, Samina, 2023, EU sollte gegenüber den Mercosur-Staaten kompromissbereiter sein, Handelsblatt Gastkommentar, 22.10.2023, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-eu-sollte-gegenueber-den-mercosur-staaten-kompromissbereiter-sein/29432952.html> [14.8.2024]

McKibbin, Warwick / Hogan, Megan / Nolan, Marcus, 2024, The international economic implications of a second Trump presidency, PIIE Working Papers, Nr. 24-20, September, <https://www.piie.com/publications/working-papers/2024/international-economic-implications-second-trump-presidency> [15.10.2024]

Obst, Thomas / Matthes, Jürgen / Sultan, Samina, 2024, What if Trump is re-elected?, Trade policy implications, IW-Report, Nr. 14, Berlin / Köln

Oxford Economics, 2024, Global Economic Model, <https://www.oxfordeconomics.com/service/subscription-services/macro/global-economic-model/> [15.10.2024]

Sultan, Samina, 2023, Mercosur-Handel, Lauft uns China den Rang ab?, IW-Kurzbericht, Nr. 49, Köln

Sultan, Samina / Kunath, Gero / Förster, Henrik / Matthes, Jürgen, 2024, Indonesien. Ein neuer indo-pazifischer Partner?, IW-Report, Nr. 9, Köln

US Customs and Border Protection, 2024, U.S. Comprehensive Free Trade Agreements and Other Trade Agreements, <https://www.cbp.gov/trade/priority-issues/trade-agreements/free-trade-agreements> [9.10.2024]

WTO – World Trade Organization, 2024, Tariff Profiles, https://www.wto.org/english/res_e/statis_e/tariff_profiles_list_e.htm [9.10.2024]